



**KEINE ZUKUNFT OHNE
TRANSFORMATION**

**KEINE TRANSFORMATION
OHNE ZUKUNFT FÜR UNS**

Impressum

Herausgeber:
IGBCE
Verantwortlich: Michael Vassiliadis
V.i.S.d.P: Lars Ruzic
Königsworther Platz 6 | 30167 Hannover
igbce.de

Stand: 10.2021

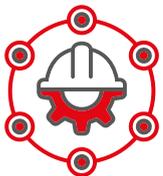
KEINE TRANSFORMATION OHNE UNS!

Wie wir künftig arbeiten und leben werden, das entscheidet sich jetzt. In unserem Land genauso wie in Europa insgesamt. Überall müssen in diesen Tagen die Regierung und die EU-Kommission beantworten, wie die Transformation gerecht und erfolgreich gestaltet wird, wie der Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft gelingen soll. Keine Kleinigkeit, ganz im Gegenteil. Denn hinter dem Begriff Transformation verbirgt sich der größte Umbruch seit dem Beginn der Industrialisierung. Das hat seinen Grund in der Gleichzeitigkeit von mehreren fundamentalen Veränderungsprozessen. Digitalisierung, demographischer Wandel, Defossilisierung, dazu noch die neue Phase der Globalisierung, in der die Verteilung von Produktion und Absatz, von Marktanteilen auf dem Weltmarkt neu bestimmt wird. Jeder einzelne dieser Prozesse bedeutet bereits Strukturwandel. Alle zusammen ergeben eine bislang nicht gekannte Qualität der Herausforderungen, zusammengefasst im Begriff der Transformation. In diesem tief gehenden Wandel kommt es darauf an, dass die Interessen der Arbeitnehmer*innen gesehen, gehört und beachtet werden.

Deshalb hat die IGBCE die Gestaltung der Transformation zu ihrem zentralen Thema gemacht. Mit einer klaren Orientierung: Der Wandel muss fair gestaltet werden. Soziale Gerechtigkeit, Schutz und Sicherheit, neue Beschäftigungschancen und der Standard guter Industriearbeit sind für uns auch in der Transformation nicht verhandelbar. Wir werden unsere gewerkschaftliche Kraft für eine gute Zukunft unserer Mitglieder und der Beschäftigten in unseren Branchen einbringen. Getreu unserem Motto: MIT.MUT.MACHEN.

UM BRÜCHE UND VERWERFUNGEN IN DER GESELLSCHAFT ZU VERHINDERN, FORDERN WIR:

EINE ZUKUNFT FÜR GUTE INDUSTRIEARBEIT.



Damit gute und gut bezahlte Industriearbeitsplätze in Deutschland und Europa auch weiterhin eine Zukunft haben, ist es unerlässlich, dass Unternehmen und Betriebe frühzeitig und umfassend in neue digitale

Technologien und treibhausgasarme Produktionsverfahren investieren. Wir brauchen eine Investitionsoffensive, die von den Regierungen und durch öffentliche Mittel unterstützt und angestoßen werden muss.

Damit es in diesem Prozess des Umbaus gerecht zugeht, müssen die Beschäftigten, ihre Betriebsräte und Gewerkschaften die Transformation mitgestalten können. Mit einer qualitativen Erweiterung der Mitbestimmung und mit dem Ziel einer nachhaltig guten Entwicklung. Also mit einem sozial, ökonomisch und ökologisch erfolgreichen Umbau von Unternehmen, Industrie und Gesellschaft.

In der Transformation wollen wir die Einhaltung der Klimaziele und die Zukunft des Industriestandorts gleichzeitig sichern. Von entscheidender Bedeutung sind

dabei wirtschaftlich und sozial tragbare Energie- und Strompreise, der schnellere Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie die ausreichende Verfügbarkeit von treibhausgasarmem Wasserstoff.

GUTE UND GERECHTE ARBEITS- UND LEBENSCHANCEN FÜR BESCHÄFTIGTE.

Trotz und gerade wegen der beschleunigten Veränderung der Arbeitswelt durch Defossilisierung, Digitalisierung und nicht zuletzt die demografische Entwicklung bleiben auch künftig faire und gerechte Arbeits- und Lebenschancen für unsere Beschäftigten die wichtigste Leitlinie unseres Handelns.

Denn "Gute Arbeit" ist unser Maßstab in einer sich transformierenden Arbeitswelt. Dazu gehören starke Betriebsratsgremien und starke Gewerkschaften, sichere und gesunde Arbeit und eine hohe Tarifbindung.

Mit Blick auf die Transformation kommen weitere Themen hinzu. Bildung und Weiterbildungsfragen haben

in einer transformierten Arbeitswelt eine noch größere Bedeutung. Wir brauchen Qualifizierungsanalysen und Weiterbildungsmentoren im Betrieb, damit wir "Gute Arbeit" sicherstellen.

UNVERHANDELBAR: GUTE ARBEIT UND SOZIALER SCHUTZ

In einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt bedeutet „Gute Arbeit“ auch mehr Arbeitssouveränität für die Beschäftigten. Arbeitsort und Arbeitszeit müssen auch aus Beschäftigtensicht selbstbestimmter werden. Dabei muss klar sein: "Gute Arbeit" setzt auf Grenzen, nicht auf Entgrenzung. Mehr Selbstbestimmung und Arbeitssouveränität setzen voraus, dass Arbeitszeiten erfasst werden und klare Regeln bei der Arbeitszeit gelten. Tarifliche Gestaltungsmöglichkeiten, bereits heute integraler Teil unserer Tarifverträge, sind die richtige Antwort auf diese Herausforderungen – für „Gute Arbeit“ im Sinne der Beschäftigten.

Vor allem aber darf die Digitalisierung nicht zu einem höheren Leistungsdruck führen, sondern muss zur Entlastung der Beschäftigten genutzt werden. Schon jetzt fühlen sich viele Arbeitnehmer*innen ausgepresst wie die sprichwörtliche Zitrone. Wer weiter an der Leistungsschraube drehen will, provoziert nicht nur Ausfallzeiten durch Krankheiten, sondern mindestens auch „innere Kündigung“ – und in jedem Fall gewerkschaftliche Gegenwehr.

Entscheidend bleibt zudem, dass nicht durch indirekte Steuerungsinstrumente immer mehr Verantwortung auf die Beschäftigten übertragen wird. Die Verantwortung für die wesentlichen Prozesse der Arbeitsorganisation, des Arbeitsschutzes, des Datenschutzes liegen bei dem/der Arbeitgeber*in. Die Unternehmen sind in der Pflicht und Verantwortung, "Gute Arbeit" umzusetzen. Dazu gehören nach unserem Verständnis Wertschätzung auf Augenhöhe in allen Bereichen und auf allen Ebenen. "Gute Arbeit" braucht eine Arbeitskultur, die durch einen kontinuierlichen Dialog mit dem/der Arbeitgeber*in geprägt ist. Eine betriebliche Vertrauens- und Mitbestim-

mungskultur ist das Gegenteil eines überholten unternehmerischen Selbstverständnisses „nach Gutsherren-art“. In einer sich wandelnden Gesellschaft steht ein solcher Standpunkt immer stärker im Widerspruch zu den Anforderungen einer nachhaltigen und damit erfolgreichen Entwicklung von Unternehmen. Wo eine solche Dialog- und Mitbestimmungskultur verweigert wird, bleibt gewerkschaftliche Konfliktfähigkeit die wesentliche Voraussetzung, berechnete Ansprüche an "Gute Arbeit" durchzusetzen.

TRANSFORMATIONSBEDINGTE ENTLASSUNGEN VERHINDERN.

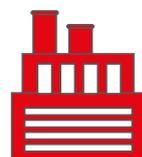
Das Neue muss kommen, bevor das Alte geht.

Die arbeits- und beschäftigungspolitische Dimension des Wandels lässt sich in diesem Grundsatz zusammenfassen:

Bestehende, hochwertige, tarifgebundene und mitbestimmte Arbeitsplätze müssen gesichert werden. Zudem ist es notwendig, neue hochwertige, tarifgebundene, mitbestimmte und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Dazu müssen Unternehmen beschäftigungsfähig bleiben. Dafür muss die Politik ihnen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Weltregionen mit langsameren Klimazielen und deswegen geringeren Produktionskosten ermöglichen. Ein geeignetes Instrument dafür sind Differenzverträge, die diesen Unterschied ausgleichen, bis z. B. auch China und Russland treibhausgasneutral produzieren. Wir erwarten aber auch von den Unternehmen Standorttreue – und dass Beschäftigungsfragen in sozialer Verantwortung und entsprechend einer guten sozialpartnerschaftlichen Kultur in den Betrieben und Branchen beantwortet werden. Transformationsbedingte Entlassungen passen nicht dazu.

INDUSTRIESTANDORTE ERHALTEN, AUSBAUEN UND MODERNISIEREN.



Wir fordern die Unternehmen auf, ihre entwickelten Roadmaps und Strategien wie z. B. die „Roadmap Chemie 2050 - Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland“ zur

treibhausgasneutralen Chemieproduktion bis 2050 engagiert umzusetzen, damit die tariflich abgesicherten und mitbestimmten Arbeitsplätze erhalten und ausgeweitet werden können.

Für diesen Pfad sind neue Methoden der Kreislaufführung, eine klimafreundliche Wasserstoffherstellung und die Nutzung von CO₂ als Rohstoff notwendig. Grundvoraussetzung für die Umsetzung der alternativen Prozesstechnologien ist ihre Wirtschaftlichkeit. Sobald diese absehbar ist, werden Unternehmen in Forschung und Entwicklung investieren und ihre Innovationen auf den Markt bringen. Allein im Bereich der untersuchten Prozesse in der Roadmap zur Basischemie werden Investitionen seitens der Unternehmen von bis zu 45 Milliarden Euro in neue Anlageverfahren erwartet. Eine Voraussetzung ist allerdings die ausreichende Verfügbarkeit von Strom aus erneuerbaren Energien zu verlässlichen Kosten von vier Cent je Kilowattstunde.

Die Umstellung auf treibhausgasneutrale industrielle Produktionsverfahren und Produkte ist weitestgehend technisch möglich. Fehlende und unzusammenhängende Rahmenbedingungen können den notwendigen Transformationsprozess jedoch entscheidend blockieren. Wettbewerbsnachteile und daraus folgende industrielle Standortverlagerungen müssen vermieden werden. Insbesondere für viele der Grundstoffindustrien, die einen hohen Energiebedarf haben und im intensiven globalen Wettbewerb stehen, können höhere Energie-, Strom- und CO₂-Kosten zu einem entscheidenden Standortnachteil werden.

Deshalb fordern wir einen ganzheitlichen Carbon-Leakage-Schutz ein, damit die Ausgleichsmechanismen und unterstützenden Instrumente den Standort nachhaltig stärken und schützen.

**KEINE
TRANSFORMATION
OHNE UNS!**

NEUE BESCHÄFTIGUNGSPERSPEKTIVEN, UM GUT BEZAHLTE TARIFARBEITSPLÄTZE ZU ERHALTEN.



Klimaschutz, der wirklich die soziale Dimension beachtet, und eine Transformation, die sozial verträglich gestaltet wird, bedeuten nicht nur die Absicherung gegen Risiken, sondern auch ein Vertrauen auf mögliche Chancen: Chancen für Facharbeiterinnen und Facharbeiter, in nachhaltigen neuen Prozessen in neuen Anlagen der chemischen Industrie in Deutschland gute Arbeit zu leisten und Karriere zu machen.

Diese Chancen müssen aufgezeigt, beschrieben und ermöglicht werden. Nur dann können sich Menschen für eine nachhaltige Zukunft begeistern, die nicht nur an Szenarien, Modellen, Plänen, Finanzierungen oder Regulierungen arbeiten, sondern in der treibhausgasneutralen Produktion selbst.

EIN PAKET VON 450 MILLIARDEN EURO FÜR ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN IN DEN STRUKTURWANDEL.

Wir fordern die Etablierung eines Transformationsfonds, mit dem der Staat die Unternehmen bei Investitionen in Zukunftstechnologien und in klimagerechte Produktionsverfahren unterstützt. Der Transformationsfonds soll zunächst mit einem Kapital von 120 Milliarden Euro ausgestattet werden. Dort, wo die Schaffung von Anreizen für unternehmerische Investitionen in klimagerechte Verfahren und Anlagen nicht genügt, ist der Staat in der Pflicht, diese Investitionen mit eigenem Kapital zu forcieren. Dafür soll sich der Staat an besonders betroffenen Unternehmen, aber auch an Start-ups, die neue Technologien und Verfahren entwickeln, beteiligen. Durch die Beteiligung hat der Staat dann die Möglichkeit, eine investitionslenkende Position einzunehmen. So können betriebswirtschaftlich unrentable Großprojekte, die dem Ziel der Klimaneutralität dienen, umgesetzt werden. Zugleich werden so gute Industriearbeitsplätze in Deutschland gesichert und eine Abwanderung der Produktion vermieden. Dem Staat fällt diese besondere Verantwortung zu, da er mit Entscheidungen in anderen Politikfeldern dafür gesorgt hat, dass massive Investitionen in kurzer Zeit getätigt werden müssen.

In vielen Branchen haben Anlagen eine lange Lebensdauer, sodass die heutigen Investitionen direkten Einfluss auf zukünftige Emissionen haben. Deshalb muss rasch mit Investitionen in klimagerechte Produktionsverfahren begonnen werden.

Wir fordern, Zukunftsinvestitionen auch über eine gesteigerte Nettokreditaufnahme zu finanzieren. Während die Ausgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge aus Steuermitteln gedeckt sein müssen, ist eine Finanzierung von Investitionen, die die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschlands sichern, notwendig und richtig.

Zusätzlich fordern wir eine grundlegende Reform der grundgesetzlich festgeschriebenen Schuldenbremse. Diese sollte um eine grundgesetzliche Regel für Nettoinvestitionen erweitert werden. Das Aussetzen der Schuldenbremse während der Corona-Krise war richtig und notwendig. Ein zu schnelles Wiedereinhalten der Schuldenbremse würde den Aufschwung massiv bedrohen. Investitionen in treibhausgasärmere Technologien dienen dazu, die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Wirtschafts- und Industriestandort nachhaltig zu sichern. Auch künftige Generationen profitieren davon, wenn weiterhin gute Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Daher ist es unter Gerechtigkeitsaspekten richtig und logisch, die zukünftigen Generationen an den Kosten zu beteiligen. Deshalb sollten Mittel zur Finanzierung der Transformation aus der Nettokreditaufnahme stammen.

Die Investitionen sind notwendig, um die Produktion am Standort Deutschland zu sichern und auszubauen. Damit steigt das Bruttoinlandsprodukt – und solange diese Rate größer ist als der zu zahlende Zins, wächst die deutsche Wirtschaft automatisch aus den neu aufgenommenen Schulden heraus.

**MIT GUTER
INDUSTRIEARBEIT.
MIT UNS!**

SCHUTZ VOR UMWELT-, SOZIAL- UND LOHNDUMPING.



Wir fordern Schutz vor Konkurrenz auf Kosten der Umwelt und des Klimas aus Ländern, die Treibhausgasemissionen langsamer reduzieren als Deutschland, etwa durch kompensierende Förderung deutscher Unternehmen und Standorte.

Klimaschutz-Differenzverträge stellen in dieser Hinsicht einen wichtigen Baustein für den klimaneutralen Umbau der Industrie dar. Sie geben Unternehmen Sicherheit für klimarelevante Investitionen und können die grüne Investitionslücke schließen. Damit Klimaschutzverträge auch den Beschäftigten Sicherheit geben, müssen Klimaschutz-Differenzverträge an Zusagen der Beschäftigungssicherung und Standortentwicklung gebunden sein.

Über den kompletten Zeitraum der Energiewende brauchen die Beschäftigten ein umfassendes soziales Sicherheitsversprechen. Wir fordern von Politik und Unternehmen eine sozialverträgliche Ausgestaltung der Transformationsprozesse, die den Beschäftigten Sicherheit und Zukunftsperspektiven eröffnet. Neuanlagen müssen in Betrieb sein, bevor bestehende abgeschaltet werden.

Wir wehren uns gegen Entscheidungen über Stellenabbau unter Missachtung von Geist und guter Praxis der Mitbestimmung sowie überzeugend begründeter Alternativen. Wir wehren uns gegen jede Tendenz, Kapital- und Profitinteressen in den Vordergrund zu stellen und durchzudrücken – ohne den sozialen Ausgleich im Blick zu behalten und ohne Rücksicht auf die Interessen von Beschäftigten und Gewerkschaft. Unser Ziel bleibt, Standorte und Beschäftigung zu sichern. Wir haben den Anspruch, dass die Gestaltung der Transformation und auch jede Krisenbewältigung sozialverträglich zu erfolgen haben – verbunden mit einer Beschäftigungs- und Produktionsperspektive (möglichst) an den betroffenen Standorten. Zugleich ist damit eine Beteiligung der IGBCE zu verbinden. Sowohl die betriebliche als auch die Unternehmensmitbestimmung müssen dabei respektiert werden.

**WIR SIND VIELE –
MACH AUCH DU MIT:**



WANDEL-FAIR-GESTALTEN.DE

**WANDEL
FAIR
GESTALTEN**

MIT. MUT. MACHEN.



twitter.com/igbce



facebook.com/igbce



youtube.com/user/igbceTV

IGBCE.DE